



DAS HESSISCHE HANDWERK

Forderungen zur Kommunal- wahl 2026





Inhalt

- 3 Vorwort
- 4 Das hessische Handwerk

Herausforderungen im Handwerk

- 6 Allgemeine Forderungen
Ein Überblick der zentralen Themen, die das Handwerk in Hessen wie auch bundesweit bewegen.

Die Forderungen unserer Landkreise

- 10 In einem offenen Prozess wurden die Anliegen aus den Regionen gebündelt und zeigen direkt, was das Handwerk bewegt.
- 12 Bergstraße
- 14 Frankfurt am Main
- 18 Fulda
- 22 Gießen, Stadt und Landkreis

- 24 Hanau
- 26 Hersfeld-Rotenburg
- 28 Kassel, Stadt und Landkreis
- 32 Lahn-Dill
- 34 Limburg-Weilburg
- 40 Main-Kinzig-Kreis
- 43 Marburg-Biedenkopf
- 44 Odenwald
- 48 Offenbach
- 50 Waldeck-Frankenberg
- 52 Wiesbaden & Rheingau-Taunus

54 Impressum

Die nicht genannten hessischen Landkreise bzw. Städte Darmstadt-Dieburg, Darmstadt, Groß-Gerau, Hochtaunus, Main-Taunus, Schwalm-Eder, Vogelsbergkreis, Werra-Meißner und Wetterau haben keine eigenen Forderungen eingebracht und schließen sich den allgemeinen Positionen des hessischen Handwerks an.

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

das Handwerk ist das Rückgrat der hessischen Wirtschaft und ein unverzichtbarer Partner für eine zukunftsfähige Politik in unseren Kommunen. Mit ca. 375.000 Beschäftigten in Hessen sichern unsere Betriebe nicht nur Wirtschaftskraft, sondern auch Ausbildung, Integration und regionale Stabilität.

Diese Stärke bleibt jedoch nur dann erhalten, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Gerade die Kommunalpolitik hat es in der Hand, durch verlässliche Entscheidungen bei Fachkräftesicherung, Gewerbeflächen, Infrastruktur, Bürokratie und Energiewende dafür zu sorgen, dass die Leistungsfähigkeit des Handwerks auch in Zukunft gesichert bleibt.

Unsere Forderungen zur Kommunalwahl 2026 sind daher auch ein Angebot: Wir bringen unser Wissen, unsere Innovationskraft und unsere Verantwortung für die Regionen ein. Im Gegenzug erwarten wir faire Rahmenbedingungen und eine Politik, die die Betriebe als Partner ernst nimmt.

Das hessische Handwerk steht bereit, seinen Beitrag zu leisten und gemeinsam mit der Politik die Entwicklung unserer Kommunen verlässlich zu stärken.

Stefan Füll
Präsident



Stefan Füll
„Das Handwerk sichert Ausbildung, Integration und Stabilität. Damit diese Stärke bleibt, braucht es Kommunalpolitik, die das Handwerk als echten Partner ernst nimmt.“

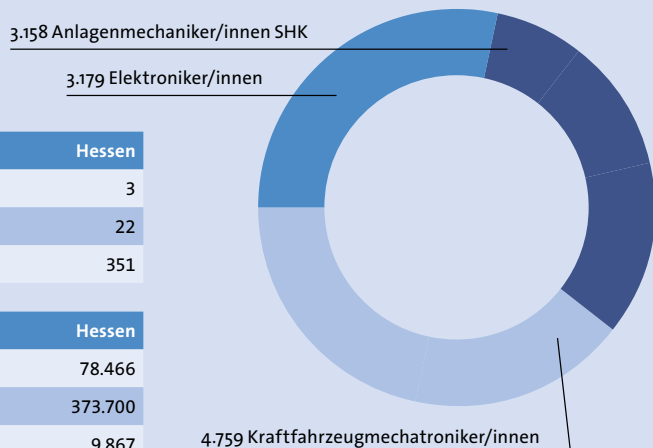
Umsatz (Mrd. Euro ohne MwSt)

46,4

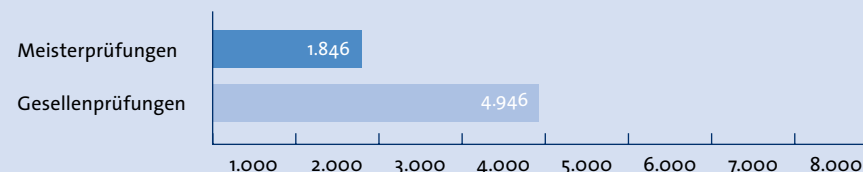
Facts Organisation	Hessen
Handwerkskammern	3
Kreishandwerkerschaften	22
Innungen	351

Facts Betriebe	Hessen
Betriebe	78.466
Beschäftigte	373.700
Ausbildungsbetriebe	9.867
Auszubildende	24.361

Häufigste Ausbildungsberufe in Hessen



Bestandene Prüfungen



Stärkste Handwerkszweige in Hessen (Betriebe)

Anlage A	Friseur/in (6.256)	Elektrotechniker/in (4.601)	Kraftfahrzeug- techniker/in (4.258)
Anlage B1	Gebäudereiniger/in (7.371)	Kosmetiker/in (5.847)	Fotograf/in (3.499)
Anlage B2	Einbau von genormten Baufertigteilen (3.386)	Bodenleger/in (1.755)	Kabelverleger/in im Hochbau (1.009)

Stand: 2024

Das hessische Handwerk

Das hessische Handwerk ist in einer klaren Organisationsstruktur verankert. Grundlage sind die Betriebe, die sich gewerkweise in regionalen Innungen oder Landesinnungen zusammengeschlossen sind. Auf Kreisebene führen die Kreishandwerkerschaften die Geschäfte der ihnen angeschlossenen Innungen und vertreten regional das Gesamtinteresse des Handwerks. Auf Landesebene sind die Innungen eines Gewerks in Landesinnungsverbänden organisiert. Gewerkeübergreifend vertreten die Handwerkskammern das Gesamtinteresse aller Handwerksbetriebe im jeweiligen Kammerbezirk.

Die drei Kammern Kassel, Frankfurt-Rhein-Main und Wiesbaden bilden gemeinsam die Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern: Sie koordiniert die Aufgaben und bündelt die Willensbildung in übergreifenden Fragen. Dazu gehören unter anderem Beratungsleistungen, Veranstaltungen und eine Vertretung in Brüssel.

Die Handwerkskammern selbst sind Körperschaften öffentlichen Rechts. Sie übernehmen hoheitliche Aufgaben wie die Führung der Handwerksrolle, die Organisation und Überwachung der Berufsausbildung, die Abnahme von Prüfungen sowie die

Bestellung von Sachverständigen. Darüber hinaus vertreten sie die Interessen ihrer Mitglieder und bieten ein breites Beratungs- und Weiterbildungsangebot. An der Spitze steht der Hessische Handwerkstag (HHT). In ihm sind die drei Handwerkskammern, die Landesinnungsverbände, Landesinnungen und Kreishandwerkerschaften zusammengeschlossen. Er ist die Dachorganisation des hessischen Handwerks und vertritt dessen Interessen gegenüber Landesregierung, Landtag, Parteien, Verwaltung und der Öffentlichkeit.





Herausforderungen im Handwerk

Das Handwerk steht aktuell vor einer Vielzahl von Herausforderungen, die seine Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsbedingungen unmittelbar betreffen.



Hinweis
Alle allgemeine Forderungen finden sich auch online unter: www.handwerk-hessen.de



Besonders belastend wirkt der zunehmende bürokratische Aufwand, der viele Betriebe stark in Anspruch nimmt. Hinzu kommt eine hohe Steuer- und Abgabenlast, die die unternehmerische Handlungsfähigkeit einschränkt und Investitionen hemmt. Parallel dazu bleibt die Fachkräftesicherung eine der dringenden Aufgaben. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks verweist seit Jahren darauf, dass die berufliche Bildung strukturell gestärkt und rechtlich gleichgestellt werden muss, um dem akademischen Bereich auf Augenhöhe zu begegnen. Dazu gehören höhere Investitionen in Bildungsstätten ebenso wie eine stärkere öffentliche Wertschätzung der dualen Ausbildung.

Zugleich prägt eine wachsende Unzufriedenheit mit der aktuellen Wirtschaftspolitik die Stimmung im Handwerk. Viele Betriebe sehen ihre Anliegen in den politischen Entscheidungen der Bundesregierung nur unzureichend berücksichtigt. Besonders kritisch bewertet wird der Umgang mit den Energiepreisen. Die angekündigte Stromsteuersenkung wurde für kleine Betriebe nicht umgesetzt, was in zahlreichen Handwerksbetrieben auf Unverständnis stößt. Angesichts steigender Betriebskosten und sinkender Planungssicherheit wächst der Druck auf die Unternehmen, die gleichzeitig als Ausbilder, Dienstleister und Innovatoren Verantwortung tragen.

Vor diesem Hintergrund werden die Erwartungen des Handwerks an die Politik



klarer und dringlicher formuliert. Bevor auf den folgenden Seiten die Forderungen der einzelnen Landkreise dargestellt werden, verdeutlicht dieser Überblick die zentralen Themen, die das Handwerk in Hessen wie auch bundesweit bewegen.

Allgemeine Forderungen an die Kommunalpolitik in Hessen

1. Ausbildung sichern – Wohnraum und Mobilität für Azubis

- In zahlreichen Regionen wird mehr bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende gefordert, vor allem in Form von Azubiwohnheimen.
- Kostenlose oder günstige Mobilitätsangebote wie Azubi-Tickets zur ÖPNV-Nutzung sind entscheidend, um Ausbildungschancen zu sichern.
- Frühzeitige Förderung durch Werkunterricht, Sprachförderung und Integrationsangebote stärkt die Ausbildungsreife.

2. Bürokratieabbau und digitale Verwaltung

- Betriebe wünschen sich kurze Entscheidungswege, zentrale Anlaufstellen („One-Stop-Shop-Prinzip“) und nutzerfreundliche digitale Verfahren.
- Gefordert werden einheitliche digitale Plattformen (Auftragsvergabe und Anträge), verbindliche Fristen (vor allem bei Bauanträgen) sowie eine deutliche Reduzierung von Berichtspflichten und Dokumentationsaufwand.

3. Kommunale und faire Vergabe öffentlicher Aufträge

- Ein möglichst großer Anteil der Mittel aus den Sondervermögen des Bundes soll über die Kommunen vergeben werden.
- Es ist dabei strikt auf Zusatzlichkeit der Investitionen und auf eine Zweckbindung für Infrastrukturmaßnahmen zu achten.
- Öffentliche Aufträge sollen mittelstandsgerecht vergeben werden, mit Zuschlägen nach dem wirtschaftlichsten und nicht nur dem billigsten Angebot.
- Kriterien wie Qualität, Tariftreue, Ausbildung und regionale Wertschöpfung müssen stärker berücksichtigt werden.
- Bewerbungsverfahren sollen einfacher, digitaler und transparenter gestaltet werden.

4. Schwarzarbeit konsequent bekämpfen

- Schwarzarbeit bleibt ein massives Problem, insbesondere in Friseur- und Kfz-Betrieben sowie auf Baustellen.
- Gefordert wird eine deutliche personelle Verstärkung der kommunalen Kontrollen.

5. Energie- und Standortpolitik mit dem Handwerk gestalten

- Handwerksbetriebe sollen frühzeitig in kommunale Wärmeplanung und Klimaschutzmaßnahmen eingebunden werden.
- Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden und der Einsatz von Recycling-Baustoffen sollen unter Beteiligung lokaler Betriebe ausgebaut werden.

- Bezahlbare und kleine Gewerbeflächen sind notwendig, um Ansiedlung, Wachstum und Bestand zu sichern.

6. Berufliche Bildung und Berufsschulen

- Der Erhalt und die Modernisierung wohnortnaher Berufsschulstandorte ist ein zentrales Anliegen.
- Werkunterricht und praxisorientierte Angebote sollen gestärkt werden.
- Handwerkliche Bildungszentren müssen gleichwertig zu den Hochschulen gefördert und in regionale Bildungskonzepte eingebunden werden.

7. Steuer- und Abgabenpolitik

- Kommunale Steuern und Abgaben sollen auf ein Mindestmaß gesenkt werden, zusätzliche Belastungen wie Verpackungssteuern und die Einführung neuer Steuern sind abzulehnen.
- Betriebe benötigen stabile Hebesätze und Entlastungen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

8. Verkehr und Handwerkerparken

- Handwerker benötigen ausreichende Parkmöglichkeiten sowie Be- und Entladezonen.
- Digitale und flächendeckende Handwerkerparkausweise sollen eingeführt werden.
- Mobilitäts- und Verkehrskonzepte müssen die Bedürfnisse des kleinteiligen Wirtschaftsverkehrs berücksichtigen.

9. Gewerbeflächen und Standortpolitik

- Bezahlbare und kleinteilige Gewerbeflächen sind für das Handwerk unverzichtbar.
- Kommunale Standortentwicklung darf nicht zu Verdrängung führen, sondern muss Handwerksbetriebe aktiv einplanen.

Das regionale Handwerk macht sich stark

Die Forderungen aus den Landkreisen

Für die Kommunalwahl 2026 hat das hessische Handwerk seine Forderungen und Positionen auf einem neuen Weg erarbeitet: Nicht „von oben“, sondern gemeinsam mit den lokalen Handwerksorganisationen.

In einem offenen Prozess wurden die Erfahrungen, Anliegen und Ideen aus den Landkreisen und kreisfreien Städten gesammelt und verdichtet. So spiegeln die Ergebnisse unmittelbar wider, was Betriebe und Handwerkerinnen und Handwerker vor Ort bewegt – von Infrastruktur und Fachkräftesicherung bis zu Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln.

Die folgenden Seiten zeigen deshalb nicht nur die zentralen Themen des Handwerks in Hessen insgesamt, sondern auch die besonderen Schwerpunkte, die jeweils in den Regionen gesetzt wurden. Damit wird deutlich: Das Handwerk denkt kommunal und gestaltet vor Ort aktiv mit.





Landkreis

Bergstraße



Information
Anzahl der Betriebe
(Stand: 2024)
4.004

Anzahl der Auszubildenden:
(Stand: 2024)
1.021

Umsatz (Euro in Mio.
ohne MwSt./
Stand: 2022)
1.864

Barbershops

Einige Betriebe in der Region bieten Friseurdienstleistungen an, ohne in der Handwerksrolle eingetragen zu sein.

- Es wird eine stärkere Kontrolle der Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie die Bekämpfung der Schwarzarbeit gefordert.

Handwerkerparkausweise

Die kleinen Kommunen im Odenwald haben sich inzwischen darauf verständigt, dass die Ordnungspolizeibehörde Weschnitztal (Birkenau, Fürth, Lindenfels, Mörlenbach, Rimbach) die Thematik HWPAs übernimmt. Diese ist bereits online und kann Ausnahmegenehmigungen erteilen. Der Ordnungspolizeibehörde Weschnitztal wollen sich nun auch die Kommunen Absteinach, Gornheimertal, Grasellenbach, Hirschhorn, Neckarsteinach und Wald-Michelbach anschließen. Hierauf hat man sich bereits verständigt, dies kann aber noch etwas dauern. Die Kommunen Einhausen, Groß-Rohrheim, Lautertal, Lorsch und Zwingenberg haben sich bisher noch nicht offiziell zurückgemeldet. Hier ist der Sachstand unbekannt. Die Stadt Bensheim bietet den Handwerkerparkausweis nicht an und verweist auf die interne IT. Daher können die zahlreichen Handwerksbetriebe aus Bensheim derzeit nicht den Handwerkerparkausweis der Metropolregion Rhein-Neckar nutzen und müssen in den rund 85 zuständigen Kommunen gegebenenfalls jeweils eine Einzelausnahme für die jeweilige Gemeinde oder Stadt beantragen. Dies ist mit hohem Aufwand und hohen Kosten für die Betriebe verbunden.

- Es wird die flächendeckende Einführung eines digitalen Handwerkerparkausweises gefordert.

Reifenservice

Einige Betriebe in der Region bieten neben dem Reifenservice auch Kfz- und Werkstattdienstleistungen an, ohne in der Handwerksrolle eingetragen zu sein.

- Es wird eine stärkere Kontrolle der Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie die Bekämpfung der Schwarzarbeit gefordert.

Wohnraum für Auszubildende

Zur Stärkung des Standortes müssten mehr Unterbringungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel Azubiwohnheime, sowie bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.

- Es sollen mehr Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden.



Kontakt
Kreishandwerkerschaft
Bergstraße
Werner-von-Siemens-
Straße 30
64625 Bensheim
06251 138-0
handwerk@kh-
bergstrasse.de
www.kh-bergstrasse.de





Kreisfreie Stadt

Frankfurt am Main



Information
Anzahl der Betriebe
(Stand: 2024)
7.406

Anzahl der Auszubildenden:
(Stand: 2024)
2.012

Umsatz (Euro in Mio.
ohne MwSt./
Stand: 2022)
4.559

Azubi-Wohnheime

Es müssen zügig neue Wohnheime für Auszubildende gebaut werden, damit junge Handwerkerinnen und Handwerker ihre Ausbildung in der Stadt Frankfurt absolvieren können. Auch Auszubildende, die für Blockunterricht nach Frankfurt kommen, benötigen ausreichende Kapazitäten.

- Es wird der zügige Bau neuer Wohnheime für Auszubildende gefordert.

Bau von neuen Wohnungen

In Frankfurt müssten bis 2030 circa 4.300 Wohnungen jährlich gebaut werden. Allerdings verzögern sich die Bauvorhaben immer wieder, weshalb nicht genügend bezahlbarer Wohnraum für Handwerkerinnen und Handwerker vorhanden ist.

- Die zügige Genehmigung und Umsetzung von Bauvorhaben, damit für Handwerkerinnen und Handwerker ausreichend Wohnraum vorhanden ist, wird gefordert.

Bezahlbare Flächen für Handwerksbetriebe in zentrumsnahen Stadtteilen

Immer wieder verlassen Handwerksbetriebe das zentrumsnahe Stadtgebiet, da sich keine bezahlbaren Flächen und Gebäude finden lassen oder die Kosten nicht mehr tragbar sind. Dem muss entgegengewirkt werden, da Handwerksbetriebe das Stadtbild seit Jahrzehnten mitprägen und Bürger vor Ort Expertinnen und Experten in der Nähe brauchen.

- Der Schutz der Betriebsflächen und die Unterstützung für Handwerksbetriebe werden gefordert.

Berücksichtigung von lokalen Handwerksbetrieben bei der Auftragsvergabe

Es muss vermehrt darauf geachtet werden, dass öffentliche Aufträge qualitativ hochwertig und nachhaltig umgesetzt werden. Hierfür sind lokale Handwerksbetriebe häufig gut geeignet. Damit sich diese aber auch für die Ausschreibungen bewerben können, muss der Bewerbungsprozess vereinfacht und verschlankt werden. Bei der öffentlichen Auftragsvergabe müssen die Möglichkeiten der freihändigen und beschränkten Vergabe auch von den Kommunen angewandt werden. Außerdem ist die Auftragsberatungsstelle Hessen als Nachweisstelle der einzureichenden Nachweise als geeignete Stelle in Hessen zu berücksichtigen.

- Die Faktoren Qualität und Nachhaltigkeit sollen in den Mittelpunkt gerückt, bürokratische Hürden abgebaut sowie die Hessische Auftragsberatungsstelle berücksichtigt und gestärkt werden.

Campusneubau der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main in Kooperation mit der Stadt Frankfurt

Die Handwerkskammer benötigt klare und verlässliche Aussagen für die eigene Planungssicherheit und für die Zukunft der beruflichen Bildung.

- Klare und verlässliche Aussagen der Stadt Frankfurt zum Campusprojekt werden gefordert.

Großbaustellen

Wie es die Sperrung der Zeller Brücke im Odenwald zeigt, sind kleine und mittelständische Unternehmen massiv von Großbaustellen und daraus resultierenden Umleitungen und Zeitverzögerungen betroffen. Dies führt zu finanziellen Einbußen und dazu, dass nicht mehr die gleiche Anzahl an Kunden pro Tag bedient werden kann. Deshalb ist darauf zu achten, dass kommende Großbaustellen, die den Verkehr betreffen, zügig abgeschlossen werden.

- Die zügige und zielführende Umsetzung von Großbaustellen wird gefordert.

Kommunale Steuern und Abgaben

In mehreren Städten und Kommunen Hessens wird über die Einführung einer Verpackungssteuer diskutiert. Diese hätte vor allem für kleine Unternehmen einen hohen bürokratischen Aufwand zur Folge. Außerdem sind kleine und mittelständische Unternehmen durch hohe Miet- und Energiekosten belastet, weshalb andere Steuern und Abgaben auf ein Mindestmaß reduziert werden müssen.

- Kommunale Steuern und Abgaben sollen auf ein Mindestmaß gesenkt und es sollen keine neuen Steuern eingeführt werden.

Kommunale Wärmeplanung

Bis Ende Juni 2026 muss die Stadt Frankfurt einen Wärmeplan für das Stadtgebiet beschlossen haben. Eine Beteiligung von Handwerksvertretern ist wichtig, da diese von Neuerungen einerseits betroffen und andererseits entscheidend für die Umsetzung sind.

- Eine Beteiligung handwerklicher Vertreter an der kommunalen Wärmeplanung wird gefordert.

Masterplan Mobilität

Durch den Masterplan Mobilität soll eine nachhaltige Verkehrswende gelingen. Im Fokus stehen insbesondere die Bedürfnisse von Fußgängern, Radfahrern und Nutzern des ÖPNVs. Begleitet wird die Umsetzung des Masterplans von einem Beirat, der aus Losbürgern der Stadtgesellschaft und aus Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft bestehen. Eine Beteiligung handwerklicher Vertreter ist wichtig, damit alle Interessen berücksichtigt werden.

- Eine Beteiligung handwerklicher Vertreter am Masterplan Mobilität wird gefordert.

Neugründungen

Noch immer werden bei Start-up-Wettbewerben Handwerksunternehmen zu selten berücksichtigt, obwohl Handwerksbetriebe ebenfalls einen entscheidenden Beitrag zum Standort Frankfurt am Main leisten.

- Die Förderung handwerklicher Unternehmen bei Gründerwettbewerben wird gefordert.

Parken und Parkraumbewirtschaftung

Immer häufiger konkurrieren betriebliche Fahrzeughalter aufgrund des begrenzten Parkraums mit privaten Pkw um Stellplätze. Deshalb ist es wichtig, dass ausreichend Parkmöglichkeiten bereitgestellt werden, um gute Rahmenbedingungen für vor allem innenstadtnahe Betriebe zu gewährleisten.

- Es sollen ausreichend Parkmöglichkeiten für Fahrzeuge der Kunden sowie für Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Betriebsfahrzeuge geschaffen werden, und es muss eine ausreichende Anzahl an Be- und Entladezonen vorhanden sein.



Kontakt

Handwerkskammer
Frankfurt-Rhein-Main
Bockenheimer Landstr. 21
60325 Frankfurt am Main
069 97172-0
service@hwk-rhein-main.de
www.wk-rhein-main.de





Landkreis

Fulda



Information

Anzahl der Betriebe

(Stand: 2024)
3.061

Anzahl der

Auszubildenden:

(Stand: 2024)
1.321

Umsatz (Euro in Mio.

ohne MwSt. /
Stand: 2022)
2.606

Berufsbildungspolitik

Jeglichen Maßnahmen oder politischen Entscheidungen, die das duale Ausbildungssystem schwächen oder in Gefahr bringen könnten, muss vehement entgegengetreten werden. Hier muss auch die Kommunalpolitik ihren Einfluss nutzen.

- Es wird das Einsetzen für und die Stärkung unseres dualen Ausbildungssystems gefordert.

Auszubildende mit Migrationshintergrund sind fachlich oft gut, kämpfen aber mit dem Berufsschulunterricht und dem Prüfungswesen. Diese Auszubildenden und auch die Ausbildungsbetriebe sollten besser unterstützt werden.

- Es werden Sprachkurse bzw. Deutschförderunterricht gefordert.

Bildungspolitik

Am Beispiel der Hochschule Fulda zeigt sich ein massiver Ausbau in den letzten Jahren mit neuen Studiengängen, Gebäuden und Ausstattung. Die Bedeutung der Hochschule wird immer wieder von der Kommunalpolitik herausgestellt. Für handwerkliche Bildungszentren sind dagegen zu wenig Mittel vorhanden, und es ist ein komplizierter und langwieriger Antragsweg erforderlich. Mittlerweile ist eine Förderung dann auch nicht mehr sichergestellt. Die Bedeutung handwerklicher Bildungszentren sollte stärker in der Öffentlichkeit kommuniziert werden. Wenn man den Eindruck gewinnt, dass auch die Kommunalpolitik das Handwerk wieder mehr wertschätzt, müssen den Worten auch Taten folgen.

- Es wird die gleichwertige Förderung beruflicher Bildungszentren neben Hochschulen und Universitäten gefordert.

Die Kommunalpolitik sollte sich kritisch mit dem Konzept „Zukunftsfähige Berufsschule“ auseinandersetzen, da Zentralisierung nicht immer von Vorteil ist.

- Es wird die Überprüfung des Konzepts „Zukunftsfähige Berufsschule“ gefordert.

Nicht nur sprachliche Kompetenzen, sondern auch Grundrechenarten und soziale Kompetenzen müssen gefördert werden, um junge Menschen ausbildungsreif zu machen und auf das Berufsleben vorzubereiten. Zudem sollen mehr Praxisangebote in den Schulunterricht integriert werden, zum Beispiel Werkunterricht.

- Es wird die Stärkung der schulischen Grund-Bildung gefordert.

Diese Forderung stammt aus dem Jahr 2021. Es ist nicht bekannt, dass es für den Landkreis Fulda ein Bildungskonzept gibt. Falls doch, dürfte das Bildungszentrum Bau nicht eingebunden sein. Dementsprechend müsste ein regionales Bildungskonzept erstellt werden, wenn es noch nicht vorliegt.

- Es wird die Einbindung handwerklicher Bildungszentren und Vertretern der Handwerksorganisation in regionale Bildungskonzeptionen gefordert.

Energiepolitik

Hohe Energiekosten belasten kleine und mittlere Betriebe überproportional. Hierfür kann sich auch die Kommunalpolitik einsetzen.

- Es wird gefordert, dass Handwerksbetriebe von Entlastungen bei der Stromsteuer nicht ausgenommen werden.

Weiterbildung

- Es wird gefordert, dass Meistervorbereitungskurse nicht von Berufsschulen oder anderen Bildungsunternehmen angeboten werden.

Wirtschaftspolitik

Die wirtschaftliche Betätigung von Unternehmen, an denen die öffentliche Hand mehrheitlich beteiligt ist, widerspricht dem Grundsatz der Hessischen Gemeindeverordnung. Zudem werden im Handwerk ausgebildete Fachkräfte abgezogen, und faire Wettbewerbsbedingungen sind nicht vorhanden.

- Es wird die Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand mit Fokus auf faire Wettbewerbsbedingungen gefordert.

Zentralisierungen

Es darf keine Zentralisierung zu Lasten von Bürgernähe und Effizienz geben, da dies noch mehr Bürokratie und steigende Kosten für Handwerksbetriebe zur Folge hätte. Ein Negativbeispiel wäre Bündelungsbehörde im Landkreis Fulda.

- Es wird die kritische Prüfung von allen Vorhaben gefordert, die auf eine Zentralisierung abzielen.



Kontakt

Kreishandwerkerschaft
Fulda
Rabanusstraße 33
36037 Fulda
0661 90224-0
info@kh-fulda.de
www.kh-fulda.de



Landkreis und Stadt

Gießen



Information
Anzahl der Betriebe
 (Stand: 2024)
 2.881

Anzahl der Auszubildenden:
 (Stand: 2024)
 1.177

Umsatz (Euro in Mio.
 ohne MwSt. /
 Stand: 2022)
 1.843

Verpackungssteuer

Die Kommunale Verpackungssteuer schafft zusätzliche Bürokratie. Mitarbeiter müssen hinsichtlich der speziellen Voraussetzungen und Differenzierungen geschult werden. Bei Filialisten besteht zudem die Herausforderung, unterschiedliche Regelungen der Kommunen zu beachten und bei wechselndem Personalbestand Kundennachfragen differenziert zu beantworten. In den Kommunen wird für die Umsetzung des Verfahrens (Prüfung Steuererklärungen, Erlass Bescheide, Zahlungsüberwachung) zusätzliches Personal benötigt, das aufgrund des bestehenden Fachkräftemangels schon jetzt nicht vorhanden ist. Laut Studien hat sich die Müllmenge nach Einführung der Verpackungssteuer nicht messbar verringert. Der gewünschte Effekt blieb aus.

- Die kommunale Verpackungssteuer ist abzulehnen, da die Reduzierung des Verbrauchs von Einwegverpackungen ein bundeseinheitliches, unkompliziertes und effizientes Mehrwegsystem erfordert.

Zwar werden durch das Land Hessen über die Hessische Ausschreibungsdatenbank (HAD) öffentliche Ausschreibungen und Bekanntmachungen zentral veröffentlicht, allerdings kann jeder öffentliche Auftraggeber zwischen den verschiedenen Vergabeplattformen frei auswählen. Selbst benachbarte Kommunen nutzen häufig unterschiedliche Plattformen, anstatt sich untereinander auf einen Anbieter zu verständigen. Die Plattformen unterscheiden sich in ihrer Anwendung und Handhabung oftmals erheblich. Dies erschwert die Teilnahme des regionalen Handwerks an den Vergaben.

- Es wird eine einheitliche Vergabeplattform und deren verpflichtende Nutzung für öffentliche Auftraggeber gefordert.

Häufig kompensieren Kommunen den bestehenden Fachkräftebedarf ihrer Eigenbetriebe (z. B. Bauhöfe, Verkehrsbetriebe usw.) durch das Abwerben von Mitarbeitern der regionalen Handwerksbetriebe. Sie bilden oftmals selbst nicht aus und bemühen sich auch nicht um mögliche Ausbildungskooperationen mit örtlichen Ausbildungsbetrieben.

- Die Kommunen müssen durch eigene Ausbildung oder alternativ durch Ausbildungskooperationen mit dem regionalen Handwerk den bestehenden Fachkräftebedarf ihrer Eigenbetriebe kompensieren.



Kontakt
 Kreishandwerkerschaft
 Gießen
 Goethestraße 10
 35390 Gießen
 0641 97490-0
 info@khgiessen.de
 www.kh-giessen.de





Landkreis

Hanau



Information

Anzahl der Betriebe
(Stand: 2024)
5.186

Anzahl der Auszubildenden:
(Stand: 2024)
1.730

Umsatz (Euro in Mio.
ohne MwSt./
Stand: 2022)
3.213

Berufsorientierung

Der Werkunterricht fördert produktives Lernen, handwerkliches Geschick sowie technisches Verständnis und soll bereits ab der Grundschule und in weiterführenden Schulen verpflichtend eingeführt werden.

- Es wird die Wiedereinführung des Werkunterrichts gefordert.

Analog zum Freiwilligen Sozialen Jahr sollte ein Freiwilliges Handwerksjahr eingeführt werden, damit Schulabgänger Praxiserfahrung in der Berufswelt sammeln können. Dies sollte mit einer monatlichen Aufwandsentschädigung für Teilnehmende attraktiv gestaltet werden.

- Es wird die Einführung eines Freiwilligen Handwerksjahres gefordert.

Ausbildungsbetriebe sollen durch kommunale Zuschüsse und Prämien unterstützt werden.

- Es werden kommunale Förderprogramme für Ausbildungsbetriebe mit Zuschüssen und Prämien gefordert.

Bürokratie

Vorschriften und Gesetze sollen vereinfacht und der administrative Aufwand für Handwerksbetriebe reduziert werden. Behördliche Auflagen wie zum Beispiel bei den Fleischern sollen verringert werden.

- Es wird der Abbau von Bürokratie gefordert.

Finanzen

Handwerksbetriebe sollen steuerlich entlastet werden, um Investitionen und Wachstum zu fördern. Darüber hinaus sind Neugründungen sehr kostenintensiv.

- Es wird eine finanzielle und steuerliche Entlastung der Handwerksbetriebe gefordert.

Schwarzarbeit

Es sollen spürbare Kontrollen stattfinden und eine enge Zusammenarbeit mit Handwerksorganisationen erfolgen.

- Es werden mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kreis gefordert.

Vergabe

Genehmigungsverfahren bei Bau- und Sanierungsarbeiten sollen vereinfacht werden. Es soll eine einheitlich digitale Antragsplattform für Betriebe eingeführt werden. Zudem soll eine faire Auftragsvergabe sichergestellt und regionale Handwerker berücksichtigt werden. Der Vergabeschwellenwert soll so gestaltet werden, dass kleinere Betriebe nicht ausgeschlossen werden.

- Es wird die Vereinfachung von Verfahren gefordert.



Kontakt

Kreishandwerkerschaft
Hanau
Martin-Luther-King-
Straße 1
63452 Hanau
06181 8091-0
info@kh-hanau.de
www.kh-hanau.de





Information
Anzahl der Betriebe
(Stand: 2024)
1.341

Anzahl der Auszubildenden:
(Stand: 2024)
562

Umsatz (Euro in Mio.
ohne MwSt. /
Stand: 2022)
1.213

Landkreis

Hersfeld-Rotenburg

Einbindung kommunaler Organisationen bei der beruflichen Orientierung von Schülern

Bereits seit fast 20 Jahren führt die regionale Handwerksorganisation die berufliche Orientierung für Schüler allein durch. Hier werden neben handwerklichen Berufsfeldern auch zahlreiche Berufe aus Verwaltung und Gesundheitswesen vorgestellt. Dies führt personell und finanziell an die Grenzen. Jegliche Versuche, Unterstützung zu erhalten, sind bisher fehlgeschlagen.

- Die berufliche Orientierung soll personell und / oder monetär unterstützt werden.

Straßenüberquerung Bebra, Hersfelder Straße zwischen Berufsschule BBO (Lehrbaustelle) und Geflüchteten Ausbildungszentrum im ehemaligen EAM-Gebäude

Auszubildende, Projektteilnehmer und Berufsschüler müssen unter erheblicher Gefährdung diese stark befahrene Straße überqueren. Ein Überweg würde zudem zu einer spürbaren Verkehrsberuhigung an diesem Unfallschwerpunkt beitragen.

- Es soll ein Fußgängerüberweg in Form einer Fußgängerampel oder eines Zebrastreifens eingerichtet werden.

Zukunftsfähige Ausbildung durch Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten

Durch die Umstrukturierung der Berufsschulstandorte im Rahmen des Projekts „Zukunftsfähige Berufsschule“ werden einige Berufe nicht mehr vor Ort beschult, sondern über Landkreisgrenzen hinweg zusammengelegt. Dies führt zu vermehrtem Blockunterricht und einem höheren Bedarf an kurzfristigen Unterbringungsmöglichkeiten für Auszubildende. Der bestehende Bedarf wird derzeit nur unzureichend durch private Anbieter gedeckt. Sozialpädagogische Betreuung kann gar nicht angeboten



Kontakt
Kreishandwerkerschaft
Hersfeld-Rotenburg
Fuldastraße 16
36251 Bad Hersfeld
06621 92890
info@kh-hef-rof.de
www.handwerk-hef-rof.de

werden. Regionale berufsständische Organisationen haben nicht die Mittel, ein Azubi-Wohnheim eigenständig zu betreiben. Mit Umsetzung des Berufsschulkonzepts ab 2026 wird der Bedarf erheblich zunehmen.

- Es sollen Wohnheimplätze gegebenenfalls mit sozialpädagogischer Betreuung geschaffen werden.





Landkreis und Stadt

Kassel



Information
Anzahl der Betriebe
 (Stand: 2024)
 4.969

Anzahl der Auszubildenden:
 (Stand: 2024)
 1.843

Umsatz (Euro in Mio.
 ohne MwSt./
 Stand: 2022)
 2.539

Wirtschaftsförderung

Eine dauerhafte und klare Förderkulisse schafft Sicherheit für beauftragende Kommunen, Bürgerinnen und Bürger sowie das Fachhandwerk. Die Politik muss klare verlässliche Signale für die Planungssicherheit von Betrieben, Bürgerinnen und Bürgern senden, um Ruhe und Vertrauen zu schaffen und so z. B. auch die Energiewende zum Erfolg zu führen. Zudem ist es nötig, die kommunale Eigenverantwortung (z. B. bei der Bauleitplanung) auch unter Einbeziehung des regionalen Handwerks zu stärken, da diese die regionalen Strukturen und Herausforderungen am besten kennen. Weniger Landesvorgaben und mehr Handlungsspielraum vor Ort stärkt die Region.

- Es wird eine dauerhafte, verlässliche und stärker kommunalisierte Mittelstands- und Handwerksförderung eingefordert.

Bürokratieabbau und Verfahrensbeschleunigung

Neue Regelungen müssen grundsätzlich einem Praxis-Check für kleine und mittlere Unternehmen unterzogen werden. Digitale Genehmigungsverfahren mit verbindlichen Bearbeitungsfristen sollen Planungssicherheit schaffen. Zudem ist es notwendig, Dokumentationspflichten deutlich zu reduzieren, um den Einsatz von Papier zu verringern, Ressourcen in die Umsetzung statt in die Verwaltung zu stecken und so z. B. die Bauleistung zu steigern. Darüber hinaus muss der Staat stärker auf die Fachkompetenz der Betriebe vertrauen, statt durch überbordende Kontrollen Misstrauen zu schüren.

- Es wird der Abbau bürokratischer Hürden und die Beschleunigung und Digitalisierung von Genehmigungsverfahren gefordert.

Einheitliche und praxisgerechte Bauvorschriften

Eine bundesweit einheitliche Bauordnung kann Komplexität, Planungsunsicherheiten und Genehmigungszeiten reduzieren. In der Novellierung des Baugesetzbuches müssen Aspekte wie Digitalisierung, Klimaschutz und demografischer Wandel besser berücksichtigt werden. Ergänzend soll der Gebäudetyp E ein vereinfachtes Bauen ermöglichen, Baukosten senken und unnötige Normen abbauen. Die Förderungen von Sanierung und Neubau sollten gebündelt werden.

- Es wird die Vereinfachung der Förderung, Entbürokratisierung und bundesweite Angleichung von Bauvorschriften gefordert.

Fachkräftesicherung

An allen Schulformen, auch an Gymnasien, soll eine verpflichtende Berufsorientierung stattfinden. Die Anerkennungsverfahren für ausländische Fachkräfte sind zu entbürokratisieren, um deren Integration zu erleichtern. Für Auszubildende müssen Mobilität und Wohnraum durch ein Azubi-Ticket und geeignete Unterbringungsmöglichkeiten (z. B. Azubi-Wohnheime) verbessert werden. Zudem soll die Meisterqualifikation durch eine gesetzlich verankerte Gleichwertigkeit zur akademischen Ausbildung gestärkt werden.

- Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs wird eine bessere Berufsorientierung, attraktive Rahmenbedingungen und die Stärkung der Meisterqualifikation gefordert.

Infrastruktur und öffentliche Investitionen

Es besteht ein erheblicher Investitionsstau bei Brücken, Straßen, Schulen und kommunalen Gebäuden. Kommunale Budgets müssen so ausgestattet werden, dass Bauinvestitionen auch bei Haushaltsdruck kontinuierlich erfolgen können. Dabei sollen regionale Handwerksbetriebe stärker bei öffentlichen Aufträgen berücksichtigt werden.

- Es werden dauerhafte und verlässliche Investitionen in die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur angemahnt.

Mittelstand und Wirtschaftspolitik

Betriebe sollen spürbar durch niedrigere Steuern und Abgaben entlastet werden, unter anderem durch eine Abgabenbremse bei 40 Prozent. Werden öffentliche Aufträge mittelstandsfreundlich vergeben, indem verstärkt Fach- und Teillosgaben genutzt werden, stärkt dies regionale Wertschöpfungsketten. Zudem sollen für Betriebe zentrale Anlaufstellen nach dem One-Stop-Shop-Prinzip eingerichtet werden, um Verfahren zu vereinfachen und Bürokratie abzubauen.

- Es wird eine spürbare Entlastung des Mittelstands u. a. durch faire Vergaben und eine praxisgerechte Wirtschaftsförderung gefordert.

Nachhaltigkeit ohne Überregulierung

Klimaanpassungs- und Nachhaltigkeitsmaßnahmen sind wirtschaftlich auszugestalten und mit Augenmaß umzusetzen, so dass sie für Betriebe umsetzbar bleiben. In Ausschreibungen kann dies beispielsweise gelingen, indem Recycling-Baustoffe den Primärmaterialien gleichgestellt werden und damit ressourcenschonendes Bauen gestärkt wird.

- Nachhaltigkeit soll gefördert werden, ohne Betriebe durch übermäßige Vorgaben zu belasten.



Kontakt

Kreishandwerkerschaft
Kassel
Scheidemannplatz 2
34117 Kassel
0561 78484-0
info@kh-kassel.de
www.kh-kassel.de



Landkreis

Lahn-Dill



Information
Anzahl der Betriebe
 (Stand: 2024)
 2.917

Anzahl der
Auszubildenden:
 (Stand: 2024)
 1.078

Umsatz (Euro in Mio.
 ohne MwSt. /
 Stand: 2022)
 1.918

Digitalisierung von Bauantragsverfahren

Aktuell ist es im Lahn-Dill-Kreis erforderlich, Bauanträge in Papierform einzureichen. Ein durchdachtes digitales Bauantragsverfahren kann zu einer schnelleren Einreichung und effizienteren Bearbeitung beitragen und ermöglicht es allen beteiligten Stellen, schneller auf alle relevanten Unterlagen zuzugreifen. Aus diesem Grund wünscht sich das Handwerk die Einführung eines digitalen Verfahrens, bei dessen Entwicklung die Vertretung der lokalen baugewerblichen Unternehmer mit eingebunden werden sollte.

- Es wird die Einführung eines vollständig digitalen Verfahrens zur Einreichung und Bearbeitung von Bauanträgen im Lahn-Dill-Kreis gefordert.

Keine kommunale Einwegverpackungssteuer

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Einwegverpackungssteuer der Stadt Tübingen beschäftigen sich in Hessen mehrere Städte und Gemeinden mit der Einführung einer solchen kommunalen Steuer. Diese würde in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine unnötige Mehrbelastung für Betriebe und Verbraucher bedeuten. Neben den Kosten steigt vor allem auch die bürokratische Belastung für die Wirtschaft. Handwerkliche Lebensmittelbetriebe sind auf Einwegverpackungen angewiesen, da für den Außer-Haus-Verkauf von Backwaren, Snacks oder warmen Speisen hygienisch einwandfreie und praktikable Verpackungslösungen unverzichtbar sind. Eine zusätzliche Steuer belastet insbesondere kleine Betriebe, verteuert das Angebot und trifft nicht zuletzt die Kundschaft. Betriebe im Stadtgebiet wären gegenüber solchen im direkten Umland benachteiligt. Die Umsetzung einer solchen Steuer erfordert zudem detaillierte Erfassung und Kontrolle. Unterschiedliche Regelungen schaffen einen Flickenteppich, der Investitionen hemmt. Aus diesen Gründen wird gefordert, von der Einführung einer solchen kommunalen Steuer abzusehen.

- Es wird gefordert, keine kommunale Einwegverpackungssteuer einzuführen.

Neue Gewerbegebiete in der Stadt Wetzlar

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Wetzlar hat am 23. Juni 2025 die Umsetzung eines neuen Gewerbegebiets „Münchholzhausen-Nord“ mit sehr guter Autobahnanbindung beschlossen. Dieses soll als Reservefläche für Anfragen großer Investoren gedacht sein. Zuvor sollen Gewerbeflächen in der Kernstadt „VRM-Gelände“ und „Conti-Standort“ priorisiert werden. In allen neu entstehenden Gewerbegebieten müssen unbedingt bezahlbare Parzellen auch unter 1.000 Quadratmetern ausgewiesen werden, um Handwerksbetrieben eine Expansion oder Neuan-siedlung zu ermöglichen und ein Abwandern in Nachbarlandkreise zu verhindern.

- Es wird die Berücksichtigung von Handwerksbetrieben bei der Entwicklung neuer Gewerbegebiete gefordert.

Schwarzarbeitsbekämpfung

Derzeit sind zu wenige Personen mit der Verfolgung und Ahndung von handwerksrechtlicher Schwarzarbeit im Lahn-Dill-Kreis verantwortlich, die zusätzlich noch weitere Aufgaben übernehmen müssen. Es sind mindestens zwei Vollzeitstellen für die Schwarzarbeitsbekämpfung im Kreis sowie eine weitere Vollzeitstelle in der Stadt Wetzlar erforderlich, um konsequent Hinweisen auf unberechtigte Handwerksausübung nachzugehen und diese vor Ort, also in Betrieben und auf Baustellen, zu verfolgen. Aktuell bereitet dem Friseurhandwerk die massive Zunahme von sogenannten Barbershops ohne nachgewiesene handwerksrechtliche Voraussetzungen Probleme.

- Es wird die wirksame Bekämpfung von Schwarzarbeit, aktuell insbesondere im Bereich Friseure, durch gezielte personelle Verstärkung in den Ordnungsämtern bei Kreis und Stadt gefordert.



Kontakt
 Kreishandwerkerschaft
 Lahn-Dill
 Seibertstraße 4
 35576 Wetzlar
 06441 44 72 8 00
 info@kh-lahn-dill.de
 www.kh-lahn-dill.de



Landkreis

Limburg-Weilburg



Information
Anzahl der Betriebe
 (Stand: 2024)
 2.350

Anzahl der Auszubildenden:
 (Stand: 2024)
 871

Umsatz (Euro in Mio.
 ohne MwSt./
 Stand: 2022)
 1.760

Ausschreibungen öffentlicher Bauprojekte

Es sollen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige, faire und qualitätsorientierte Vergabepaxis gestärkt werden, indem die Berücksichtigung sozialer und qualitativer Kriterien wie Ausbildung, Tariftreue und Innungsmitgliedschaft verbindlich gefördert wird. Dies unterstützt insbesondere die Beteiligung qualifizierter, sozial verantwortlicher und regional verankerter mittelständischer Unternehmen an öffentlichen Bauaufträgen. Durch ein transparentes Punktesystem, das neben dem Preis auch soziale und qualitative Aspekte einbezieht, sollen faire Wettbewerbsbedingungen geschaffen und die regionale Wirtschaft gestärkt werden. Ziel ist es, eine zukunftsfähige kommunale Bauwirtschaft zu sichern, die hohe Qualitätsstandards einhält und zugleich gesellschaftliche Verantwortung übernimmt.

- Mittelstandsgerechte, kleinteilige Ausschreibungen umsetzen

Azubi-Wohnen

Es sollen kostengünstige, bedarfsgerechte und betreute Wohnmöglichkeiten für Auszubildende geschaffen werden. Damit sollen Mobilitätshürden gesenkt, Ausbildungsabbrüche vermieden und der Fachkräftenachwuchs gesichert werden. Dieses Angebot ist insbesondere bei zentralisierten Berufsschulstandorten von Bedeutung.

- Einrichtung von Wohnheimen für Auszubildende

Baustellenkoordination

Es soll eine zentrale Koordinations- und Anlaufstelle für gewerbliche Betriebe bei kommunalen Bauvorhaben eingerichtet werden. Ziel ist es, Beeinträchtigungen zu minimieren und Planungssicherheit zu gewährleisten.

- Ansprechpartner für Gewerbetreibende bei Bauvorhaben benennen

Berufsschulstandorte

Die regionale Wirtschaft benötigt eine starke, moderne und verlässliche duale Ausbildung, um Fachkräfte vor Ort zu halten und die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Berufsschulen müssen als gleichberechtigter Partner der Betriebe im dualen System gestärkt werden. Wohnortnahe Standorte sind zu erhalten, Schulschließungen zu vermeiden und überlange Anfahrtswege zu verhindern. Erforderlich sind Investitionen in digitale Lernräume, praxisgerechte Fachräume und eine moderne Ausstattung. Zudem muss die berufliche Bildung gleichwertig zur akademischen Bildung anerkannt werden.

- Erhalt und Stärkung aller Berufsschulstandorte

Digitalisierung an Schulen und Betrieben

Es muss eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur in Berufsschulen und Handwerksbetrieben sichergestellt werden. Dazu gehören flächendeckend schnelles Internet, moderne IT-Ausstattung sowie praxisorientierte digitale Lern- und Arbeitsmittel.

- Ausbau digitaler Infrastruktur und Ausstattung verbessern

Erreichbarkeit Gewerbegebiete

Die verkehrstechnische Erschließung von Gewerbegebieten ist zu optimieren. Dazu gehören eine bedarfsgerechte Straßeninfrastruktur, eine intelligente Ampelsteuerung und ausreichende Parkmöglichkeiten für Mitarbeitende und Kunden.

- Verbesserung der Zufahrtswege und Verkehrsanbindung

Fachkräftemangel und Ausbildung

Die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie die Ausbildungsbetriebe müssen gezielt durch strategische Förderprogramme gestärkt werden. Ziel ist es, den Fachkräftenachwuchs im Handwerk langfristig zu sichern. Nachwuchsgewinnungskampagnen wie das Projekt „Azubi-Guides“ im Landkreis Limburg-Weilburg sollen prioritär unterstützt werden.

- Förderung der beruflichen Ausbildung und Nachwuchskräftegewinnung

Gewerbegebiete und Flächen

Es sollen kleinteilige und bezahlbare Gewerbeflächen unter 1.000 Quadratmetern ausgewiesen und entwickelt werden. Damit werden handwerklichen Betrieben optimale Bedingungen für Ansiedlung, Wachstum und Bestandssicherung geboten.

- Ausweisung bezahlbarer, kleinteiliger Gewerbeflächen

Kommunale Wärmeplanung

Regionale Handwerksbetriebe sollen systematisch in kommunale Klimaschutz- und Energieeffizienzmaßnahmen eingebunden werden. Ziel ist es, nachhaltige Wärmeversorgungslösungen umzusetzen und eine hohe lokale Wertschöpfung zu sichern.

- Einbindung des Handwerks in Klimaschutzmaßnahmen

Kooperation & Regionalität

Kommunen, Berufsschulen und Betriebe sollen in regionalen Netzwerken eng zusammenarbeiten, um gemeinsam Nachwuchs zu gewinnen und zu fördern. Förderprogramme – besonders für kleine und mittlere Unternehmen – sowie öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zur Aufwertung der beruflichen Bildung sind notwendig. Dadurch soll die Attraktivität des dualen Systems und die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Limburg-Weilburg gesichert werden.

- Förderung der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Betrieben und Kommunen

Mobilitätsangebote für Azubis

Es sollen kostengünstige und umweltfreundliche Mobilitätslösungen für Auszubildende und junge Fachkräfte entwickelt und etabliert werden. Ziel ist es, die Standortbindung zu erhöhen und den regionalen Arbeitsmarkt zu stärken.

- Angebote für günstige und umweltfreundliche Mobilität entwickeln

Parkraum für Handwerker

Es sollen handwerksspezifische Parkregelungen und reservierte Stellflächen eingerichtet werden. Ziel ist es, die effiziente Durchführung von Kundenaufträgen und Baustellenlogistik – insbesondere in Innen- und Altstadtbereichen – zu gewährleisten.

- Einrichtung spezieller Parkmöglichkeiten und Ausnahmegeheimungen

Parksituation in Städten

Es sollen flexible und praxisgerechte Parkregelungen entwickelt werden. Dazu gehören spezifische Erleichterungen für Handwerksbetriebe, wie zeitlich begrenzte Ausnahmen oder sogenannte „Brötchentasten“. Diese Maßnahmen sollen die Attraktivität der Innenstädte stärken.

- Einführung flexibler, handwerkerfreundlicher Parkregelungen

Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden

PV-Anlagen auf kommunalen Liegenschaften sollen strategisch gefördert und umgesetzt werden. Dabei ist die vorrangige Einbindung lokaler Handwerksbetriebe sicherzustellen, um die Energiewende zu unterstützen und regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken.

- Förderung von PV-Anlagen unter Beteiligung lokaler Betriebe

Schwarzarbeitsbekämpfung

Die personellen und organisatorischen Ressourcen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit müssen intensiviert werden. Dazu gehören präventive und repressive Maßnahmen, gezielte Prüfungen auch in kleinen Gewerbeeinheiten wie beispielsweise Barbershops sowie die konsequente Unterbindung von Steuerhinterziehung und Schattengesellschaften. Ziel ist es, einen fairen, transparenten und regelkonformen Wettbewerb sicherzustellen.

- Verstärkung der Kontrollen gegen Schwarzarbeit

Steuer- und Abgabenpolitik

Es muss eine wettbewerbsfähige kommunale Steuerpolitik gewährleistet werden. Dazu gehören stabile oder reduzierte Gewerbesteuerhebesätze und gezielte steuerliche Entlastungen, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Handwerksbetriebe im Landkreis zu stärken.

- Moderat angesetzte Gewerbesteuer und steuerliche Entlastung

Verwendung Recycling-Baumaterial

Nachhaltige und recycelte Baustoffe sollen bei kommunalen Bauvorhaben prioritär eingesetzt werden. Dadurch können ökologische Standards gestärkt, Innovationen gefördert und das lokale Handwerk positioniert werden.

- Förderung nachhaltiger Baustoffe in kommunalen Bauprojekten

Öffentlicher Nahverkehr

Die ÖPNV-Infrastruktur muss ausgebaut werden. Dazu gehören verdichtete Taktungen in Spitzenzeiten, barrierefreie Umsteigepunkte und angepasste Mobilitätsangebote für Auszubildende und Beschäftigte. Das Jobticket und das Deutschlandticket sollen gesichert und gezielt gefördert werden, um die Standortattraktivität zu steigern.

- Ausbau & Verbesserung der Anbindung an Berufsschulstandorte



Kontakt

Kreishandwerkerschaft
Limburg-Weilburg
Schiede 32
65549 Limburg
06431 9146-0
info@kh-limburg.de
www.kh-limburg.de



Landkreis

Main-Kinzig



Information
Anzahl der Betriebe
 (Stand: 2024)
 5.186

Anzahl der Auszubildenden:
 (Stand: 2024)
 1.730

Umsatz (Euro in Mio.
 ohne MwSt./
 Stand: 2022)
 3.213

Auftragsvergabe

Öffentliche Aufträge sollen auch die Ausbildungsleistung berücksichtigen.

- Ausbildungsbetriebe sollen bei öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden.

Vieles läuft überregional oft zum Nachteil örtlicher Betriebe. Handwerksunternehmen sollen frühzeitig in die Planung eingebunden werden, um besser planen zu können.

- Öffentliche Aufträge sollen stärker lokal ausgeschrieben werden.

Die Vergabekriterien sollen um Qualität, Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Ausbildung erweitert werden.

- Es soll nicht nur der günstigste, sondern der wirtschaftlichste Anbieter ausgewählt werden.

Schwarzarbeitsbekämpfung

Es sollen geeignete Kontrollen zur Eindämmung illegaler Arbeiten auf Baustellen durchgeführt werden.

- Die Schwarzarbeit soll konsequent bekämpft werden.

Ausbildungskampagnen fördern

Diese Initiativen funktionieren gut, sind jedoch sehr zeit- und kostenaufwendig. Angesichts des starken Fachkräftemangels müssen sie stärker unterstützt werden.

- Es sollen Ausbildungsbörsen und Programme aufgebaut werden.

Azubiwohnungen

Die Umsetzung soll beschleunigt werden und auch Wohnungen für Auszubildende ohne Führerschein umfassen.

- Es soll ein Azubi-Campus in Linsengericht geschaffen und vom Landkreis unterstützt werden.

Berufsschulstandorte Gelnhausen und Schlüchtern

Für das ländliche Umfeld sind kurze Wege wichtig. Moderne Ausstattung gewinnt und hält Auszubildende.

- Die Berufsschulstandorte Gelnhausen und Schlüchtern sollen erhalten und modernisiert werden.

Erhalt kleiner Gewerbeflächen im ländlichen Raum

Der Trend zur Wohnbebauung darf Handwerksbetriebe in kleinen Orten nicht verdrängen, weshalb Mischgebiete aufrechterhalten werden müssen.

- Auch in kleineren Ortsteilen wie Birstein, Sinntal und Bad Soden-Salmünster müssen Handwerksbetriebe Raum finden.

Öffentliches Verkehrsnetz

Viele Auszubildende kommen aus ländlichen Regionen und haben Probleme, die Ausbildungsstätten zu erreichen.

- Bus- und Bahnverbindungen zu Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen sollen verbessert werden.

Parken für Handwerker

Handwerkerparkausweise sind teuer und in Fußgängerzonen nicht gültig, obwohl dies gerade wichtig ist.

- Es sollen Anlieferzonen für Handwerker geschaffen werden.

Schneller Breitbandausbau

Viele Handwerksunternehmen kämpfen mit schlechter Internetverbindung.

- Der Breitbandausbau soll beschleunigt werden, zum Beispiel in Schlüchtern-Nord und Gelnhausen-West.

Schwerlastverkehr und Großbaustellen entlang der Schienenwege im Main-Kinzig-Kreis

Der Bahnhof Gelnhausen bleibt auf Jahre eine Großbaustelle mit entsprechendem Schwerlastverkehr und Staus auf den umliegenden Straßen.

- Die Verkehrsbelastung durch den Bahnstreckenausbau zwischen Hanau und Fulda, insbesondere bei Gelnhausen, soll reduziert werden.

Verbindliche Sicherstellung der Mobilität von Auszubildenden und Mitarbeitenden trotz Bahnproblemen

Seit rund zwei Jahren kommt es auf diversen Strecken ab und nach Gelnhausen in Richtung Fulda oder Hanau zu Zugausfällen aufgrund von Ausbauarbeiten und angeblichem Personalmangel in Stellwerken.

- Es soll ein verlässlicher Ersatzverkehr, zum Beispiel durch Shuttlebusse, eingerichtet werden.



Kontakt

Kreishandwerkerschaft
Gelnhausen-Schlüchtern
Brentanostraße 2 – 4
63571 Gelnhausen
06051 9228-0
info@kh-gelnhausen.de
www.kh-gelnhausen.de



Landkreis

Marburg-Biedenkopf

Berufliche Schulen Biedenkopf – Landkreis Marburg-Biedenkopf

Nach den Vorgaben können Berufe, deren Ausbildungszahlen oberhalb der geforderten Mindestgröße liegen, wieder an frühere Standorte verlegt werden.

- Es wird die Wiedereinführung des Berufsschulstandortes für Kfz-Mechatroniker gefordert.

Zukunftsfähige Berufsschule

Die Elektroniker und Elektronikerinnen der Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik werden an der Berufsschule Biedenkopf zusammen mit den Elektronikern und Elektronikerinnen für Betriebstechnik aus der Industrie seit über 40 Jahren erfolgreich beschult. Wenn nun diese Berufe vom 2. bis 4. Ausbildungsjahr nicht mehr als affine Berufe deklariert werden, würde ohne Not bestehende Strukturen zerstört. Bei den Metallbauern und Metallbauerinnen der Fachrichtung Konstruktionstechnik erfolgt in Biedenkopf ebenfalls die Beschulung zusammen mit dem Industrieberuf Konstruktionsmechaniker seit über 40 Jahren und das ebenfalls sehr erfolgreich.

- Es wird der Erhalt der Berufe Elektroniker und Metallbauer in den Beruflichen Schulen in Biedenkopf gefordert.

Zulassungsstelle Biedenkopf

Obwohl Bargeld nach wie vor offizielles Zahlungsmittel ist, kann seit 2025 nur noch per EC- oder Kreditkarte gezahlt werden. Daher wird gefordert, dass Barzahlung wieder möglich ist.

- Die Möglichkeit zur Barzahlung soll wieder eingeführt werden.



Information

Anzahl der Betriebe
(Stand: 2024)
2.629

Anzahl der Auszubildenden:
(Stand: 2024)
1.096

Umsatz (Euro in Mio.
ohne MwSt. /
Stand: 2022)
1.315



Kontakt

Kreishandwerkerschaft
Biedenkopf
Hainstraße 10
35216 Biedenkopf
06461 4017
info@kh-biedenkopf.de
www.kh-biedenkopf.de



Landkreis

Odenwald



Information

Anzahl der Betriebe

1.466
(Stand: 2024)

Anzahl der Auszubildenden:

364
(Stand: 2024)

Umsatz (Euro in Mio.
ohne MwSt. /
Stand: 2022)
851

Bildung

Das Berufliche Schulzentrum im Mittelzentrum Michelstadt ist die einzige Berufsschule im Landkreis. Besonders im ländlichen Raum werden Ausbildungsentscheidungen oft nach der Erreichbarkeit der Schule getroffen.

- Erhalt und Stärkung des Beruflichen Schulzentrums Odenwaldkreis (BSO)

In Michelstadt befindet sich die einzige Sekundarstufe II des Kreises. Der langjährige Trend zur Akademisierung hat dazu geführt, dass Entwicklungen und hervorragende Möglichkeiten im Handwerk aus dem Blick geraten sind.

- Mehr Möglichkeiten der Berufsorientierung für Handwerksberufe am Gymnasium Michelstadt

Bürokratie

Oft fehlt es an Einfühlungsvermögen für traditionelle Betriebe. Früher gab es in den Dörfern oft mehrere Geschäfte des Nahrungsmittelhandwerks. Überbordende Auflagen und damit verbundene Bürokratie haben leider viele Betriebe zur Aufgabe gezwungen.

- Unterstützung der nur noch wenigen Bäckereien und Metzgereien, zum Beispiel durch faire und hilfreiche Dienste der Lebensmittelüberwachung

Finanzen

Der demografische Wandel stellt insbesondere den ländlichen Raum bei der Infrastruktur vor besondere Herausforderungen.

- Anpassung der Infrastruktur und sinnvolle Investitionen

Die Belastung ist bereits jetzt sehr hoch. Besonders kleine Handwerksbetriebe stabilisieren die Dörfer durch Arbeitsplätze, Ausbildung und Beteiligung am Dorfleben, da Einzelhandel, Gasthäuser und andere Dienstleistungen zunehmend verschwinden. Deshalb darf die Abgabenquote nicht weiter steigen.

- Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ohne weitere Steuer- und Abgabenerhöhung

Verkehr

Der Odenwaldkreis ist der einzige Landkreis in Hessen ohne Autobahnanschluss und zudem der einzige Kreis im Landesentwicklungsplan, der komplett als ländlicher Raum eingestuft ist. Daher ist er auf diese Straßenverbindungen angewiesen.

- Optimierung und Ausbau der beiden Hauptverkehrsachsen B45 und B38

Die Odenwaldbahn benötigt Ausweichstellen, da sie nur eingleisig ist, um die Frequenz zu erhöhen. Ebenso ist eine Elektrifizierung notwendig. Der Odenwaldkreis ist von der Bevölkerungszahl her der kleinste Landkreis Hessens. Für Auszubildende in den vielen kleinen Dörfern mit weiten Entfernungen ist es wichtig, die Mobilität zu gewährleisten.

- Weiterentwicklung der Odenwaldbahn und des regionalen ÖPNV

Der Prozess seit der Sperrung wegen Baufälligkeit verläuft bisher vorbildlich. Es sind jedoch Erwartungen geweckt worden, die Wiederherstellung innerhalb von zwei Jahren zu erreichen, was für die regionale Wirtschaft existenziell wichtig ist.

- Wiederaufbau der Zeller Brücke bis 2027

Wirtschaft

Durch Digitalisierung und Optimierung in der Koordination der Abläufe können wesentliche Effizienzgewinne erzielt werden.

- Förderung der Bautätigkeit durch Beschleunigung von Baugenehmigungen

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es wichtig, im Rahmen der rechtlichen Bedingungen die einheimischen Unternehmen im Blick zu behalten.

- Priorisierung von Aufträgen an regionale Betriebe und Gewährleistung der Transparenz



Kontakt

Kreishandwerkerschaft
Odenwaldkreis
Alfred-Kehrer-Straße 2
64711 Erbach
06062 9595-0
handwerk@kh-odw.de
www.kh-odw.de





Information
Anzahl der Betriebe
 (Stand: 2024)
 2.039

Anzahl der Auszubildenden:
 (Stand: 2024)
 436

Umsatz (Euro in Mio.
 ohne MwSt. /
 Stand: 2022)
 3.480

Landkreis und Stadt

Offenbach

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Schwarzarbeit und unberechtigte Handwerksausübung kommen täglichen Praxis immer häufiger vor. Die Kommunen sollten hier für eine entsprechende Personal- und Sachausstattung bei den zuständigen Verfolgungsbehörden sorgen.

- Die reaktive Bekämpfung unberechtigter Handwerksausübung muss konsequent erfolgen.

Berufsbildungspolitik

Die Zukunftsfähigkeit von Berufsschulen steht permanent im Fokus und nicht alle Standorte werden diesen Prozess überleben. Es ist bei Betrachtung der aktuellen Rahmenbedingungen davon auszugehen, dass es in vielen Berufen zu einem Konzentrationsprozess (Landesfach- oder sogar Bundesfachklassen) kommen wird. Für Auszubildende bedeutet das praktisch in eine andere Kommune umzuziehen und dafür braucht es bezahlbaren Wohnraum.

- Berufsschulstandorte müssen erhalten bleiben und bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende muss geschaffen werden.

Verkehrspolitik

In vielen Kommunen gibt es nur noch sehr wenige verwertbare Flächen. In den meisten Fällen können Anfragen von Handwerksbetrieben nur negativ beschieden werden. Die tatsächlichen Bedürfnisse eines Handwerksbetriebs ist den meisten Projektentwicklern völlig unbekannt.

- Geeignete Gewerbeflächen mit moderner Infrastruktur müssen zur Verfügung gestellt werden.

Wirtschafts- und Steuerpolitik

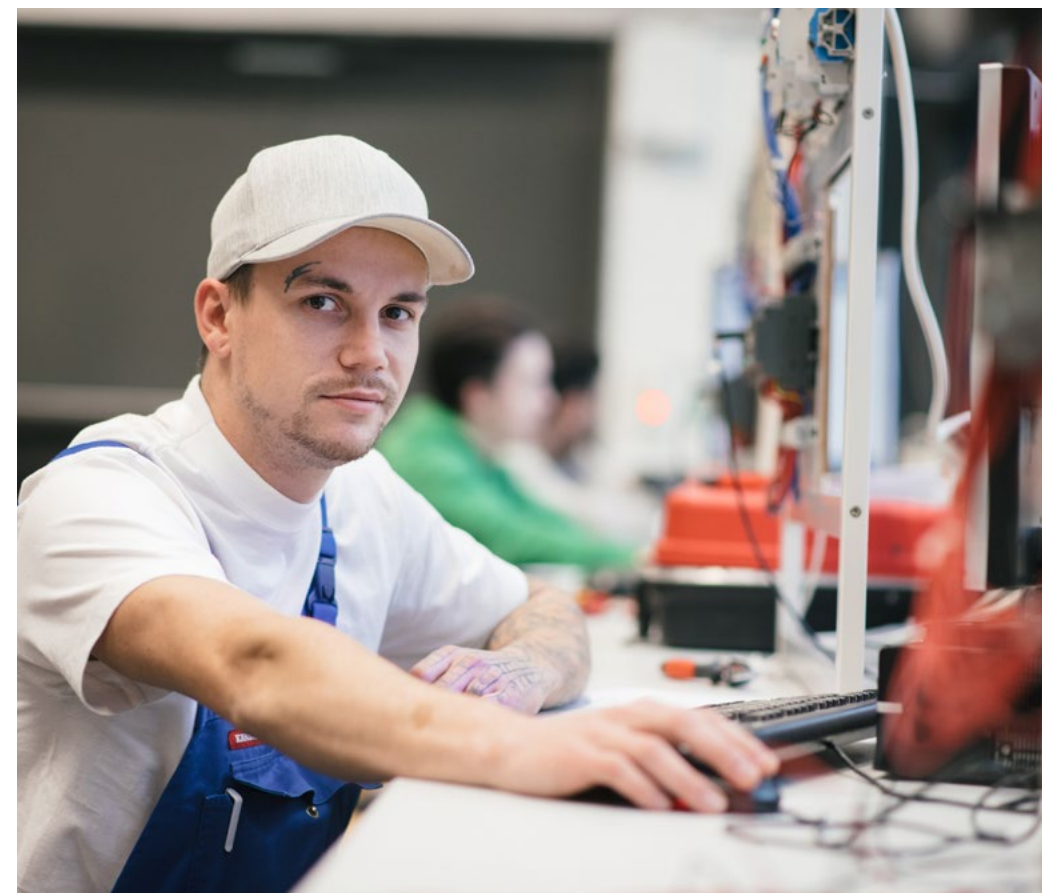
Der Ausbau der Ausnahmeregelungen, die Flexibilisierung der Marktprüfung sowie die Abschaffung regelmäßiger Evaluation für kommunale Unternehmen im am 27. März 2025 in Kraft getrete-

nen Gesetzesnovelle von § 121 HGO hat zu einer spürbar stärkeren Betätigung kommunaler Unternehmen geführt. Die Tatsache, dass der Wohnungsbau und erneuerbare Energieversorgung für kommunale Unternehmen nicht mehr als wirtschaftliche Betätigung gelten, hat bei Betrieben aus der Anlagentechnik durchweg zu Kopfschütteln und Unverständnis geführt und im Fall der Fälle zu nachvollziehbarem Frust. Hier muss es mindestens eine Begrenzung der kommunalen Unternehmen auf eine Daseinsvorsorge geben. Das lokale Handwerk ist zu schützen.

- Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand muss auf ihre Kernaufgaben beschränkt werden.



Kontakt
 Kreishandwerkerschaft
 Offenbach / Main
 Markwaldstraße 11
 63073 Offenbach am Main
 069 989458-0
handwerk@kh-of.de
www.kh-of.de





Information
Anzahl der Betriebe
(Stand: 2024)
2.108

Anzahl der Auszubildenden:
(Stand: 2024)
916

Umsatz (Euro in Mio.
ohne MwSt./
Stand: 2022)
1.250

Landkreis

Waldeck-Frankenberg

Berufsschul- und BBZ-Standort Korbach

Der Berufsschulstandort Korbach ist auch bei kleinen Klassengrößen zu erhalten, um wohnortnahe Ausbildungsmöglichkeiten zu sichern.

- Der Berufsschul- und BBZ-Standort Korbach soll auch bei geringen Ausbildungszahlen erhalten bleiben.

Digitalisierung Rathäuser

Die Digitalisierung der Rathäuser muss deutlich beschleunigt werden, damit Bürger und Unternehmen ihre Anliegen unkompliziert online erledigen können.

- Verwaltungsvorgänge müssen online umsetzbar sein.

Knappe Kassen

Steuern zu erhöhen ist der einfachste Weg, um Haushaltslöcher zu stopfen, trifft jedoch direkt die Unternehmen, die bereits jetzt den größten Teil zur Finanzierung der Kommune beitragen. Mindestens genauso wichtig ist es, zu hinterfragen, wofür und wie effizient das vorhandene Geld ausgegeben wird. Investitionen in Handwerk und Infrastruktur stärken den Standort und erhöhen nachhaltig die kommunalen Steuereinnahmen.

- Es muss geprüft werden, wo Einnahmen generiert und wo Ausgaben getätigt werden.

Kommunaler Wärmeplan

Beim kommunalen Wärmeplan muss das örtliche Handwerk frühzeitig und aktiv eingebunden werden, um eine realistische, umsetzbare und regional abgestimmte Planung sicherzustellen.

- Das Handwerk soll in die Erstellung des kommunalen Wärmeplans einbezogen werden.

Mobilfunk und Internet

Schnelles Internet und zuverlässiger Mobilfunk müssen unabhängig von privatwirtschaftlichen Quoten flächendeckend auch in kleinen Ortsteilen verfügbar sein.

- Schnelles Internet und zuverlässiger Mobilfunk müssen auch auf den Dörfern verfügbar sein.

Mobilität auf dem Land

Anrufsammeltaxis sollen als flexible und verlässliche Mobilitätsalternative für Jugendliche außerhalb der Schulzeiten bestehen bleiben.

- Das Anrufsammeltaxi-Angebot soll erhalten bleiben.

Schwarzarbeitsbekämpfung Landkreis Waldeck-Frankenberg

Derzeit ist nur eine Person mit der Verfolgung und Ahndung von Schwarzarbeit im Landkreis verantwortlich, die zusätzlich noch weitere Aufgaben übernimmt. Es sind mindestens zwei Vollzeitstellen für die Schwarzarbeitsbekämpfung im Landkreis erforderlich.

- Die Kontrollen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit sollen verstärkt werden.



Kontakt
Kreishandwerkerschaft
Waldeck-Frankenberg
Christian-Paul-Straße 5
34497 Korbach
05631 9535-100
info@khkb.de
www.khkb.de





Stadt und Landkreis

Wiesbaden & Rheingau-Taunus



Information
Anzahl der Betriebe
 (Stand: 2024)
 5.640

Anzahl der Auszubildenden:
 (Stand: 2024)
 1.796

Umsatz (Euro in Mio.
 ohne MwSt./
 Stand: 2022)
 3.270

Ausbildung

Auszubildende sollten den ÖPNV von ESWE Verkehr kostenlos nutzen können. Das Angebot von passendem Wohnraum für Auszubildende muss erweitert werden.

- Die Ausbildung soll gestärkt werden.

Baustellenmanagement der Landeshauptstadt Wiesbaden

Durch eine bessere Abstimmung zwischen den städtischen Gesellschaften und die Anwendung neuer Vertragsarten (Bonus, Malus, Mehrschichtbetrieb) muss die Belastung und Dauer von Straßenbaustellen deutlich reduziert werden. Eine mehrjährige Straßensanierung ist für die Anwohner und die einheimische Wirtschaft nicht hinnehmbar. Für jede Baustelle muss es einen eindeutigen Verantwortlichen aus der Landeshauptstadt Wiesbaden geben.

- Straßenbaustellen müssen schneller abgewickelt werden.

Gewerbeflächen

Für das Handwerk müssen passende bezahlbare Gewerbeflächen zur Verfügung gestellt werden. Mitarbeiterwohnungen im Gewerbegebiet sollten zulässig sein.

- Es sollen mehr bezahlbare Gewerbeflächen geschaffen werden.

Umsetzung und Kontrolle des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbMoDiG) im Bereich Friseur-, Kosmetik- und Nagelstudios

Mit der Neufassung des Gesetzes zur Schwarzarbeitsbekämpfung wurden auch Kosmetik- und Nagelstudios einbezogen. Kontrollen in Hessen zeigten ein erschreckendes Ausmaß an Schwarzarbeit, Lohndumping und Sozialversicherungsbetrug.

Dennoch erfolgen solche Kontrollen zu selten. Es wird gefordert, dass Politik, Behörden und Kammern ihrer Kontrollpflicht konsequent nachkommen, um fairen Wettbewerb sicherzustellen und weitere Insolvenzen in der Branche zu verhindern.

- Es werden mehr und konsequentere Kontrollen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und unfairen Wettbewerbspraktiken gefordert.

Unternehmensnachfolge

Die Landeshauptstadt Wiesbaden sollte die Übernahme von Handwerksbetrieben durch Bürgschaften und zinsgünstige Kredite unterstützen.

- Die Betriebsübergabe soll unterstützt werden.

Vergabe von Bauleistungen durch die Landeshauptstadt Wiesbaden

Die Stadt Wiesbaden soll bei Ausschreibungen heimischen Unternehmen bei annähernder Preisgleichheit den Zuschlag erteilen.

- Die heimische Bauwirtschaft soll gestärkt werden.

Verkehr

Die Landeshauptstadt Wiesbaden benötigt ein wissenschaftlich fundiertes Verkehrskonzept unter Einbezug der Belange aller Verkehrsteilnehmer sowie des heimischen Handwerks. Dabei ist der aktuelle Zustand und die Verkehrsströme unter Einbezug verschiedener Datenquellen wie zum Beispiel Digi-V, Google Maps oder Mobilfunkdaten aufzunehmen und ohne Ergebnisvorgabe durch die Stadtpolitik ein zukunftsfähiges Verkehrskonzept zu erarbeiten.

- Es soll ein Verkehrskonzept erstellt werden.



Kontakt
 Kreishandwerkerschaft
 Wiesbaden-Rheingau-Taunus
 Rheinstraße 36
 65185 Wiesbaden
 0611 99914-0
 verwaltung@khwiesbaden.de
 www.khwiesbaden.de

Impressum

Herausgeber

Hessischer Handwerkstag
Bierstadter Straße 45
65189 Wiesbaden
Telefon 0611 136-112
Telefax 0611 136-120
info@handwerk-hessen.de
www.handwerk-hessen.de

Redaktion

Dr. Christoph Gelking (Leiter des Büros)

Gestaltung

Designbüro 2 HEKTAR LAND

Bildnachweise

Handwerkskammer, Adobe Stock (Kzenon, Robert Kneschke, peopleimages.com, mije shots, insta_photos, rh2010, Christian, Henry Czauderna, Sina Ettmer, Leonid Andronov, gehapromo, Angela Rohde, travelview, Boris Stroujko, akhenatonimages, Achim Lammerts, Igor, Tobias Arhelger, Aliaksandr)

Stand

September 2025



Hessischer Handwerkstag

Bierstadter Straße 45

65189 Wiesbaden

Telefon 0611 136-112

Telefax 0611 136-120

info@handwerk-hessen.de

www.handwerk-hessen.de

Der Hessische Handwerkstag vertritt die Interessen des hessischen Handwerks gegenüber Öffentlichkeit, Politik und Verbänden. Er fördert die einheitliche Willensbildung in Grundsatzfragen und nimmt Stellung zu grundlegenden Angelegenheiten des Handwerks.

